

FORDERUNGSKATALOG

**an die Österreichische Bundesregierung
überreicht an Frau Staatssekretärin Ursula Haubner
am 24.3.04 anlässlich der Präsentation der aktuellen Kinderbefragung im Rahmen
des Nationalen Aktionsplanes für die Rechte von Kindern und Jugendlichen**

Wir fordern im Namen von 25.000 befragten Kindern und Jugendlichen:

1. Kinderrechte in den Verfassungsrang
2. eine Erhebung der kind- und jugendspezifischen Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten in ganz Österreich
3. die Schule muss für Kinder ein Ort sein, an dem sie ohne Angst Spaß am Lernen finden können.
4. den gewährleistetesten Zugang zu qualitativvoller Bildung für alle Kinder auf der Welt, unabhängig der sozialen Situation der Eltern
5. 0,7% des BIP für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
6. eine stärkere Förderung bestehender niederschwellige Anlaufstellen für Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind
7. mehr Möglichkeiten für berufstätige Eltern, ihre Familienzeit flexibel gestalten zu können, konkret bedeutet dies flexible Arbeitszeiten und das Recht auf Teilzeit während der ersten Lebensjahre der Kinder
8. besonderes Augenmerk des Staates auf Kinder, die auch in Österreich akut armutsgefährdet sind
9. dass Kinder nicht kommerzialisiert werden dürfen und durch Werbung Druck auf sie ausgeübt wird
10. den umfassenden Schutz der Umwelt von Politik und Wirtschaft und einen sparsamen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen
11. Nachhaltigkeit im Umgang mit der Umwelt, um zukünftigen Generationen ein lebenswertes Lebensumfeld zu hinterlassen
12. Bewusstsein von Erwachsenen, nicht in Gegenwart von Kindern zu rauchen bzw. zu vermeiden, dass Kinder dem Zigarettenrauch ausgesetzt sind
13. bei der Verkehrsplanung eine Kinderverträglichkeitsprüfung einzuführen, denn Kinder haben spezielle Bedürfnisse und Anforderungen an sicheren Verkehr
14. ein bundesweit einheitliches Rahmengesetz für Kinderbetreuungseinrichtungen, um die Qualität zu sichern und auszubauen
15. die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache und Kindern mit besonderen Bedürfnissen in Schule und Kindergarten, und auch in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit
16. flächendeckende Kinderbetreuungsangebote, um soziale Benachteiligungen von Kinder auszugleichen
17. mehr und flächendeckende Programme für Jugendliche, die keine Lehrstelle bzw. keine Anstellung finden
18. kind- und jugendgerechte Möglichkeiten, um sich mit FreundInnen zu treffen und gemeinsame Aktivitäten setzen zu können
19. die Einhaltung und Kontrolle von Tierschutzbestimmungen
20. qualitative Kinderbeteiligungsmodelle, besonders auf kommunaler Ebene
21. der Schutz von Kindern ist allen wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen voran zu stellen
22. ein kinderfreundliches Klima in Österreich

Die Forderungen im Detail:

1. **Wir fordern - als Basis für alle Verbesserungen für Kinder und Jugendliche in Österreich -, dass die Kinderrechtskonvention in den Verfassungsrang gehoben wird.** Dadurch werden nicht nur die einzelnen Rechte einklagbar, auch erhoffen wir uns dadurch eine Bewusstseinsveränderung in Politik und Gesellschaft, dass eben auch Kinder und Jugendliche Träger von spezifischen Menschenrechten sind. Wir fordern Information über ihre Rechte bei den Kindern und Jugendlichen als fixen Bestandteil des Lehrplanes, denn ein erster Schritt muss sein, die Kinder und Jugendlichen selbst über ihre Rechte aufzuklären. Besondere Kinderrechts-Schulungen wünschen wir für Eltern und für alle Berufsgruppen, die mit Kindern in Kontakt kommen (RichterInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen, etc.). In der Politik fordern wir die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei allen sie betreffenden Angelegenheiten und daher auf allen politischen Ebenen. Partizipation muss Prinzip in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sein, politische Bildung muss Unterrichtsfach in der Pflichtschule werden. Je eher Kinder und Jugendliche demokratische Prozesse verstehen und kennen lernen und ihnen ihre Einflussmöglichkeiten bewusst werden, desto aktiver werden sie sich in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen können. Die Förderung von konkreten Mitbestimmungsprojekten verschiedenster Art und Weise scheint in diesem Zusammenhang sinnvoll und notwendig. Eine Maßnahme könnte die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen politischen Ebenen sein.
2. **Wir fordern eine Erhebung der kind- und jugendspezifischen Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten in ganz Österreich.** Gibt es sie flächendeckend? Sind sie von hoher Qualität, alters- und behindertengerecht? Entsprechen sie den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Burschen? Das bestehende Angebot soll unter Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen verbessert und ausgeweitet werden. Zusätzlich fordern wir ausgewiesene Kinder- und Jugendbudgets in allen Gemeinden.
3. **Schule muss für Kinder ein Ort sein, an dem sie ohne Angst Spaß am Lernen finden können.** Die Mädchen und Buben sollen Schule als einen ganzheitlich auf sie ausgerichteten Lebensraum erfahren können, in dem sie Kinder bleiben dürfen und in ihrer Menschenwürde geachtet werden. Kürzungen der Schulstunden dürfen nicht zu Ungunsten der Kinder passieren, also nicht in den Gegenständen, die für die Entwicklung der Kinder wichtig sind, wie z.B. Sport/Bewegung.
4. **Weiters fordern wir, dass der Zugang zu qualitativvoller Bildung für alle Kinder gewährleistet sein muss** und nicht von der Höhe des elterlichen Einkommens abhängig gemacht werden darf. Der Vorrang von Allgemeininteresse wie beste Qualität, solidarische Finanzierung und demokratische Mitbestimmung muss weltweit gegenüber den Interessen profitorientierter privater Bildungsanbieter/innen gesichert sein. Wir verstehen diese Forderung als Unterstützung der Stopp-GATS Kampagne.
5. **Angesichts der Angst vor Krieg und dem Wunsch nach Frieden auf der ganzen Welt fordern wir 0,7% BIP für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit.** Die Erfüllung der Ziele dieser Forderung sehen wir als einen Beitrag Österreichs für die Umsetzung der Forderung nach Zugang zu Bildung für alle. Derzeit kann von weltweiter Gerechtigkeit keine Rede sein, im Gegenteil hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren weiter vergrößert. Österreich soll deshalb das international vereinbarte Ziel, die Gelder für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des BIP (derzeit 0,26 %) zu erhöhen, endlich einlösen. Dazu soll die Regierung einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung dieser Ziele vorlegen. Das Ziel soll bis 2010 erreicht werden und damit auch ein effektiver Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele geleistet werden. Dazu gehört für uns auch verstärkte Förderung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Eine gerechte Welt, in der es faire Lebenschancen für alle Menschen dieser Erde gibt, kann nur durch eine Veränderung bestehender Wirtschaftsstrukturen und Machtverhältnisse erreicht werden. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit macht sich daher zur Aufgabe, eine Verbindung zwischen den Alltagserfahrungen der Menschen und weltweiten Ereignissen, Entscheidungen und Zusammenhängen bewusst zu machen.

6. **Innerhalb Österreichs müssen bestehende niederschwellige Anlaufstellen für Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind, stärker gefördert werden**, wie z.B. die anonyme telefonische Beratungseinrichtung „147 Rat auf Draht“, an die sich Kinder und Jugendliche wenden können, um ihren Kummer, ihre Fragen, ihre Ängste und Probleme auszusprechen.

Außerdem fordern wir bewusstseinsbildende Maßnahmen für die gesamte Bevölkerung (z.B. Fernsehspots), dass Gewalt gegen Kinder, also auch bereits eine Ohrfeige, in Österreich unter Strafe steht und niemals zum Alltag eines Kindes gehören darf.

7. **Wir fordern mehr Möglichkeiten für berufstätige Eltern, ihre Familienzeit flexibel gestalten zu können**, konkret bedeutet dies flexible Arbeitszeiten und das Recht auf Teilzeit während der ersten Lebensjahre der Kinder. Weiters fordern wir besondere Regelungen für AlleinerzieherInnen im Einzelhandel. Durch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten wird von den Angestellten immer mehr Flexibilität gefordert, die meist auf Kosten der Familienzeit geht. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für die Beibehaltung und Festigung des arbeitsfreien Sonntags aus. Als Inbegriff gemeinsamer freier Zeit ist der arbeitsfreie Sonntag ein wesentlicher Teil unseres gesellschaftlichen, religiösen, kulturellen und familiären Zusammenlebens. Gerade in einer Zeit, in der alles immer schneller gehen muss, steigt die Bedeutung des freien Sonntags als kollektiv geschützte Atempause. Darüber hinaus fordern wir mehr und niederschwellige Mediationsangebote bei Scheidungssituationen, speziell abgestimmt auf Kinder.
8. **Wir wünschen, dass der Staat ein besonderes Augenmerk auf Kinder legt, die auch in Österreich akut armutsgefährdet sind**. Armut kann schwerwiegende Folgen für die Entwicklung eines Kindes haben, deshalb fordern wir Maßnahmen, die Kinder und deren Familien aus der Armutsspirale holen können, wie zum Beispiel eine bedarfsorientierte Mindestsicherung oder Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kinder zu haben darf nicht einer gesteigerten Armutsgefährdung gleichkommen.
9. **Wir fordern, dass Kinder nicht kommerzialisiert werden und durch Werbung Druck auf sie ausgeübt wird**. Der Staat darf seine Verantwortung als Geldgeber für Kinder- und Jugendeinrichtungen (schulische und außerschulische) nicht auf private Sponsoren abschieben. Werbung in Schulen darf nicht zur Finanzierungsoption werden, ohne die Einrichtungen nicht mehr überlebensfähig sind, weil sich der Staat zurückgezogen hat.
10. **Wir fordern daher von Politik und Wirtschaft den umfassenden Schutz der Umwelt und einen sparsamen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen**. Wir fordern zusätzlich die Förderung der Forschung über alternative Formen der Energieerzeugung und -nutzung und über Innovationen im Bereich Verkehr.
11. **Nachhaltigkeit im Umgang mit der Umwelt muss oberstes Prinzip sein, um zukünftigen Generationen ein lebenswertes Lebensumfeld zu hinterlassen**.
12. **Wir fordern das Bewusstsein von Erwachsenen, nicht in Gegenwart von Kindern zu rauchen bzw. zu vermeiden, dass Kinder dem Zigarettenrauch ausgesetzt sind**.
Zusätzlich soll die Suchtprävention in der schulischen und außerschulischen Arbeit gefördert werden, um Kindern Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich vor Drogen schützen bzw. einen nicht-gesundheitsschädigenden Umgang mit Drogen erlernen können. Gesundheitsförderung, die den Bedürfnissen junger Burschen und Mädchen entspricht, muss als primäre Prävention fixer Bestandteil ab dem Kindergarten und durch die ganze Schulzeit hindurch sein.
13. **Bei der Verkehrsplanung ist unbedingt eine Kinderverträglichkeitsprüfung einzuführen**, denn Kinder haben spezielle Bedürfnisse und Anforderungen an sicheren Verkehr. Verkehrssituationen werden oft von Kindern komplett unterschiedlich wahrgenommen als von Erwachsenen. Speziell die Strecken, die Kinder häufig benutzen (von und zur Schule, von und zum Spielplatz, Hallenbad, Freibad, etc.) sind auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen.

14. **Wir fordern ein bundesweit einheitliches Rahmengesetz für Kinderbetreuungs-einrichtungen**, um die Qualität zu sichern und auszubauen, damit Kinder in außerfamiliären Einrichtungen bestmöglich betreut und gefördert werden. Kinderbetreuungsangebote müssen flächendeckend zur Verfügung stehen, Kinder müssen ein Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz haben, wie es in Skandinavien beispielsweise seit Jahren der Fall ist. Langfristig ist eine kostenlose Kinderbetreuung anzustreben. Zusätzlich fordern wir die Anerkennung des Kindergartens als Bildungseinrichtung.
15. **Jedes Kind ist gleich, es gibt keine gleicheren, deshalb fordern wir die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache und Kindern mit besonderen Bedürfnissen in Schule und Kindergarten, und auch in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit.**
Kinder mit Behinderung müssen in allen Lebensbereichen den gleichen Zugang wie Menschen ohne Behinderung haben. Dazu müssen von den politisch Verantwortlichen – insbesondere im Freizeitbereich – die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen und die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Um ihre Freizeit gleichwertig mit Menschen ohne Behinderung verbringen zu können, ist es notwendig, integrative Modelle, welche die Einbindung dieser Menschen unterstützen, zu entwickeln und zu fördern.
16. **Arbeitslosigkeit der Eltern bedeutet für eine Familie oft Armut, die sich auch besonders auf die Kinder und ihre Zukunft auswirkt:**
gesundheitliche Folgen aufgrund mangelhafter Ernährung oder Bewegungsmöglichkeiten, schlechtere Bildungs- und daher Jobchancen, soziale Ausgrenzung usw. Durch Kinderbetreuungsangebote können solche sozialen Benachteiligungen zum Teil aufgehoben werden, da Kinder und Jugendliche dort eine Förderung erfahren, die ihre Familien eventuell nicht leisten können.
17. **Weiters fordern wir mehr und flächendeckende Programme für Jugendliche, die keine Lehrstelle bzw. keine Anstellung finden.**
Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, gegen den Trend Jugendliche in atypischen Beschäftigungsverhältnissen - sogenannten "McJobs" - zu beschäftigen, Maßnahmen zu setzen. Es müssen geeignete Schritte gesetzt werden, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, um somit auch den Kindern Sicherheit zu geben, dass es für sie in späteren Jahren einmal einen Lehrplatz bzw. einen Arbeitsplatz geben wird.
18. **Wir fordern kind- und jugendgerechte Möglichkeiten, um sich mit FreundInnen zu treffen und gemeinsame Aktivitäten setzen zu können.**
Wir wiederholen den meist genannten Wunsch dieser Studie nach mehr Freizeit für Kinder und Jugendliche, damit sie diese unverplante Zeit mit FreundInnen verbringen können.
19. **Gemeinsam mit den Kindern fordern wir die Einhaltung und Kontrolle von Tierschutzbestimmungen.**
Zusätzlich unterstreichen wir die Wichtigkeit der Möglichkeiten für Kinder, mit Tieren in Berührung zu kommen. Dies ist z.B. in Freispielgeländen, Kinderbauernhöfen möglich. Selbstverständlich ist dort besonders auf eine artgerechte Haltung der Tiere zu achten.
20. **Wir fordern vor allem auf kommunaler Ebene qualitative Kinderbeteiligungsmodelle, wie schon im Kapitel „Kinderrechte“ angesprochen.**
Weiters sehen wir alle Forderungen dieser Studie als Auftrag an die Politik, tätig zu werden.
21. **Kinder bedürfen dem Schutz der Erwachsenen, daher fordern wir alle Verantwortlichen auf, den Schutz der Kinder jedem wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen voran zu stellen.**
Gerade im Bereich der Schulwegsicherung dürfen keine Einsparungen vorgenommen werden. Bei der Planung von speziellen Flächen bzw. Räumen für Kinder, ist auf eine adäquate Sicherung zu achten (keine Schaukel über Asphaltplätzen, etc.).
22. **Wir fordern in Österreich ein kinderfreundliches Klima.**
Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten, die niemandes Eigentum sind. Der Staat muss sich zur Aufgabe machen, die Kinderinteressen in allen Politikfeldern zu wahren und wie schon in dem Kapitel „Gewalt“ angesprochen, eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft zu bewegen.

Präsentation der Kinderbefragung, 24. März 2004

Statement

Dr. Gerald Faschingeder, Vorsitzender der Katholischen Jungschar Österreichs

Sechs Kinder haben nun ihre Wünsche formuliert. Das nimmt uns als Kinderorganisationen in die Pflicht, in diesen Wünschen auch Forderungen zu erblicken, die wir hiermit Ihnen, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, als Vertreterin der Österreichischen Bundesregierung, präsentieren wollen.

Ich greife drei Themen heraus, die mir ein besonderes Anliegen sind:

1. Armut:

- Wir wünschen, dass der Staat ein besonderes Augenmerk auf Kinder legt, die auch in Österreich akut armutsgefährdet sind. Armut kann schwerwiegende Folgen für die Entwicklung eines Kindes haben, deshalb fordern wir Maßnahmen, die Kinder und deren Familien aus der Armutsspirale holen können, wie zum Beispiel eine bedarfsorientierte Mindestsicherung oder Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kinder zu haben darf nicht einer gesteigerten Armutsgefährdung gleichkommen.

2. Bildung:

- Schule muss für Kinder ein Ort sein, an dem sie ohne Angst Spaß am Lernen finden können. Die Mädchen und Buben sollen Schule als einen ganzheitlich auf sie ausgerichteten Lebensraum erfahren können, in dem sie Kinder bleiben dürfen und in ihrer Menschenwürde geachtet werden. Kürzungen der Schulstunden dürfen nicht zu Ungunsten der Kinder passieren, also nicht in den Gegenständen, die für die Entwicklung der Kinder wichtig sind, wie z.B. Sport/ Bewegung.
- Weiters fordern wir, dass der Zugang zu qualitativvoller Bildung für alle Kinder gewährleistet sein muss und nicht von der Höhe des elterlichen Einkommens abhängig gemacht werden darf. Der Vorrang von Allgemeininteresse wie beste Qualität, solidarische Finanzierung und demokratische Mitbestimmung muss weltweit gegenüber den Interessen profitorientierter privater Bildungsanbieter/innen gesichert sein. Wir verstehen diese Forderung als Unterstützung der Stopp-GATS Kampagne.

3. Partizipation:

- In der Politik fordern wir die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei allen sie betreffenden Angelegenheiten und daher auf allen politischen Ebenen. Wir fordern vor allem auf kommunaler Ebene qualitative Kinderbeteiligungsmodelle.
- Partizipation muss Prinzip in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sein. Je eher Kinder und Jugendliche demokratische Prozesse verstehen und kennen lernen und ihnen ihre Einflussmöglichkeiten bewusst werden, desto aktiver werden sie sich in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen können. Die Förderung von konkreten Mitbestimmungsprojekten verschiedenster Art und Weise scheint in diesem Zusammenhang sinnvoll und notwendig. Eine Maßnahme könnte die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen politischen Ebenen sein.

Präsentation der Kinderbefragung, 24. März 2004

Statement

OSR Waltraud Witowetz-Müller, Vorsitzende der Österreichischen Kinderfreunde

Mit der vorliegenden Kinder- und Jugendbefragung und den zur Erhebung der Anliegen der Kinder und Jugendlichen durchgeführten Aktivitäten ist es den beiden Organisationen gelungen, eines der größten Partizipationsprojekte in Österreich durchzuführen.

Wir als Lobby für Kinder und Jugendliche nehmen die von den Kindern genannten Themen sehr ernst. Es wird nun vor allem an den PolitikerInnen in Zusammenarbeit mit NGO's liegen, die von Kindern und Jugendlichen mit unserer Hilfe formulierten Anliegen aufzugreifen und umzusetzen.

In Anlehnung an die gerade eben von den Kindern vorgetragenen Bedürfnisse, fordern die Österreichischen Kinderfreunde gemeinsam mit der Katholischen Jungschar Österreichs:

- **mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche und insbesondere mehr und bessere Spielplätze**

Wir fordern kind- und jugendgerechte Möglichkeiten, um sich mit FreundInnen zu treffen und gemeinsame Aktivitäten setzen zu können.

Wir fordern in diesem Zusammenhang eine Erhebung der kind- und jugendspezifischen Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten in ganz Österreich. Gibt es sie flächendeckend? Sind sie von hoher Qualität, alters- und behindertengerecht? Entsprechen sie den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Burschen? Das bestehende Angebot soll unter Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen verbessert und ausgeweitet werden. Zusätzlich fordern wir ausgewiesene Kinder- und Jugendbudgets in allen Gemeinden.

- **Wir fordern flächendeckende, qualitativ hochwertige und leistbare Kinderbetreuungsangebote**

Dadurch können soziale Unterschiede von Kindern frühzeitig abgefangen werden, um so allen Kindern annähernd dieselben Startbedingungen zu ermöglichen. Außerdem entlasten gute Betreuungsangebote die Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wir fordern ein bundesweit einheitliches Rahmengesetz für Kinderbetreuungseinrichtungen, um die Qualität zu sichern und auszubauen, damit Kinder in außerfamiliären Einrichtungen bestmöglich betreut und gefördert werden.

Kinderbetreuungsangebote müssen flächendeckend zur Verfügung stehen, Kinder müssen ein Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz haben, wie es in Skandinavien beispielsweise seit Jahren der Fall ist. Langfristig ist eine kostenlose Kinderbetreuung anzustreben. Zusätzlich fordern wir die Anerkennung des Kindergartens als Bildungseinrichtung.

- **Wir fordern für Familien – in all ihren Facetten – mehr Zeit für das Familienleben. Und wir fordern Maßnahmen, um der Gewalt in den Familien vorzubeugen**

Wir fordern mehr Möglichkeiten für berufstätige Eltern, ihre Familienzeit flexibel gestalten zu können, konkret bedeutet dies flexible Arbeitszeiten und das Recht auf Teilzeit während der ersten Lebensjahre der Kinder. Weiters fordern wir besondere Regelungen für AlleinerzieherInnen im Einzelhandel. Durch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten wird von den Angestellten immer mehr Flexibilität gefordert, die meist auf Kosten der Familienzeit geht. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für die Beibehaltung und Festigung des arbeitsfreien Sonntags aus. Darüber hinaus fordern wir mehr und niederschwellige Mediationsangebote bei Scheidungssituationen, speziell abgestimmt auf Kinder.

Innerhalb Österreichs müssen bestehende niederschwellige Anlaufstellen für Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind, stärker gefördert werden, wie z.B. die anonyme telefonische Beratungseinrichtung „147 Rat auf Draht“, an die sich Kinder und Jugendliche wenden können, um ihren Kummer, ihre Fragen, ihre Ängste und Probleme auszusprechen.

Außerdem fordern wir bewusstseinsbildende Maßnahmen für die gesamte Bevölkerung (z.B. Fernsehspots), dass Gewalt gegen Kinder, also auch bereits eine Ohrfeige, in Österreich unter Strafe steht und niemals zum Alltag eines Kindes gehören darf.

**Wir fordern schlussendlich,
die UN-Konvention über die Rechte des Kindes in den Verfassungsrang zu heben!**

